



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Politische Broschüren.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bestehenden sittlichen Verhältnisse, mag dieser Vater sein wie er will, und von diesem Standpunkt aus werden wir das leichtsinnige Verhalten Jessicas zu den weiteren Schicksalen ihres Vaters beinahe mit dem Ausdruck Rohheit bezeichnen können. Freilich ist der alte Jude selbst daran schuld, daß seine Tochter keine Pietät gegen ihn hat; aber das hebt den Conflict nicht auf. Allein Shakespeare hat in diesem Fall — und das hat Ulrici übersehen — auf den Ernst des sittlichen Verhältnisses gar nicht angespielt; er behandelt die ganze Sache komisch, und in der eigentlichen Komödie müssen wir die Sittlichkeit nicht auf die Goldwaage legen. Hier liegt wieder viel Schuld an unsern Schauspielern. Wir haben mehrere Shylocks gesehen, die, wenn sie auf ihre Familienverhältnisse zu sprechen kamen, plötzlich in ein tiefes Gefühl ausbrachen. Ein einziger solcher Zug reicht hin, um uns in unserer Unbefangenheit zu stören. Sobald wir in Shylock einen sittlichen Zug vernehmen, empfinden wir Mitleid und beschäftigen uns mit der Frage nach Recht und Unrecht. Erscheint er uns dagegen bloß als ein bössartiger Hanswurst, so freuen wir uns darüber, daß ihm ein Pöffen gespielt wird, und die Frage, ob Jessica Recht oder Unrecht hat, kommt uns gar nicht in den Sinn.

Politische Broschüren.

Actenstücke der russischen Diplomatie, herausgegeben und eingeleitet von Friedrich Paalzow. 1. Lieferung. Berlin, Franz Duncker. —

Wir sprachen im vorigen Heft den Wunsch aus, daß die vielfachen, höchst wichtigen Actenstücke, welche in Beziehung auf die russische Politik im Lauf des vergangenen Jahres der Oeffentlichkeit preisgegeben sind, in einer möglichst vollständigen Sammlung vereinigt werden möchten. Mittlerweile ist die vorliegende erste Lieferung erschienen, welche sich denselben Zweck setzt. Sie enthält das geheime Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter des russischen Cabinets in Deutschland vom Jahre 1834, die russische Denkschrift in Beziehung auf die Februarrevolution, die Denkschrift vom 10. Februar 1830, und das politische Testament Peter des Großen, vier Actenstücke, die uns eine klare Einsicht in die zusammenhängende und consequente Politik Rußlands und ihren verderblichen Einfluß auf Deutschland eröffnen. Wir behalten uns vor, auf den Inhalt derselben bei Gelegenheit der nächsten Lieferung näher einzugehen, hier wollen wir nur eine Bemerkung über die Partei in der Presse, von der die Veröffentlichung ausgeht, daran knüpfen.

Herr Paalzow gehört, wenn wir nicht irren, zu den eifrigsten Mitarbeitern der Nationalzeitung, die wol überhaupt in der Mittheilung der russischen Actenstücke am vollständigsten gewesen ist. Wir haben mehrmals Gelegenheit gehabt,

unsern Widerspruch gegen die Haltung und Tendenz dieses Blattes auszusprechen. Wir halten es daher im gegenwärtigen Augenblick für geeignet, auf das völlig veränderte Verhältniß hinzuweisen. Die Nationalzeitung hat sich in Beziehung auf die orientalische Frage, wenn wir von den äußern Formen und Redensarten absehen, die ein Blatt nicht leicht abstreift und die in diesem Falle auch nicht das Wesen der Sache berühren, durchaus so gehalten, wie wir es nur von einem Blatt unserer eignen Partei wünschen könnten. Sie hat mit Entschiedenheit und Verstand die Sache der europäischen Civilisation gegen die Barbarei vertreten, sie hat sich durch die Winkeltzüge einer unsteten und schwankenden, aber dabei sophistisch übermüthigen Partei nicht täuschen lassen. Es ist das um so wichtiger, da sie gegenwärtig in Berlin das einzige größere Blatt ist, welches den Liberalismus vertritt, und da ein Blatt, das in der Hauptstadt erscheint, grade in der gegenwärtigen Krisis eine größere Bedeutung haben muß, als auch die tüchtigsten Provinzialblätter. Zwar wäre es in manchen Beziehungen wünschenswerth gewesen, daß sie den preußischen Kammern eine größere Aufmerksamkeit gewidmet hätte, um das Publicum fortwährend darauf hinzuweisen, wo es die Concentration seiner Ansichten und Ueberzeugungen zu erstreben habe; allein diesmal müssen wir offen gestehen, daß ein sehr starker Glaube an die Nothwendigkeit der constitutionellen Entwicklung Preußens dazu gehörte, um an der Haltung der gegenwärtigen Kammern mit bleibendem Interesse theilzunehmen. Wir haben es selber zu unserm Bedauern aussprechen müssen, daß die gegenwärtigen Kammern den Ernst und die Bedeutung der Situation nicht so aufgefaßt haben, wie es einer bedeutenden politischen Körperschaft würdig gewesen wäre. Wir haben dasselbe sogar von der Opposition sagen müssen, sofern wir sie als ein Ganzes betrachten. Wir können es daher der Nationalzeitung, die sich zu den Kammern von vornherein in ein anderes Verhältniß gestellt hat, nicht verdenken, daß sie ihrerseits wenigstens indirect eine sehr natürliche Theilnahmslosigkeit ausdrückt, die doch nur dasselbe sagt, was der größere Theil des Publicums sich ohnehin denkt.

Leider können wir die feste Haltung dem politischen Wankelmuth gegenüber nicht bei allen denjenigen Zeitungen rühmen, die sonst unserer Ansicht näher stehen, die aber mit der gewöhnlichen Suffisance der Neutralität behaupten, sie seien nicht der Ausdruck einer bestimmten Partei, sondern sie ständen außerhalb der Parteien oder über ihnen: eine Erklärung, die immer das Bekenntniß vollkommener politischer Nullität ist. In mancher dieser Zeitungen findet das Publicum zu seinem Erstaunen in der einen Spalte die leidenschaftlichsten Erklärungen, daß Preußen sich mit den Westmächten vereinigen müsse, daß die Neutralität eine Unmöglichkeit oder ein politischer Selbstmord sei, in der zweiten Spalte die Versicherung, daß es keine weisere Politik gebe, als die des Ministeriums Manteuffel, und daß Deutschland vor allen Dingen darnach streben müsse, sich von den gegenwärtigen

Verwicklungen fern zu halten und eine stricte Neutralität zu bewahren, auf der dritten Spalte die Auseinandersetzung, daß die englische Politik von einer Horde von Dummköpfen und Verräthern geleitet werde, welche mit dem gegenwärtigen Kriege nichts anders bezweckten, als das Mark Deutschlands auszufaugen, auf der andern wieder das Gegentheil und so weiter fort. Was sich die Redactionen solcher Zeitungen unter dem Beruf eines politischen Blatts eigentlich vorstellen, ist uns völlig unklar. Die politischen Leitartikel werden doch nicht für diejenigen geschrieben, die eine vollständig klare Auffassung von dem Wesen der Sache haben, und die sie allenfalls selber schreiben könnten, sondern für diejenigen, die eines äußern Haltes bedürftig sind, um in einer Frage, wo ohnehin sehr viele Interessen und Sympathien collidiren, festzubleiben. Was soll nun ein ehrlicher Bürger, der bisher in der Regel die Politik nur als Kannegießerei getrieben hat, jetzt in einem Augenblick, wo seine eignen Interessen ins Spiel kommen, dazu denken, wenn man Tag aus Tag ein ihm die allerverschiedensten Gesichtspunkte für seine politische Theilnahme aufstellt und seine Rathlosigkeit nur noch steigert. Was auch solche Zeitungen für Motive haben mögen, sie laden sich ohne Zweifel eine schwere Schuld auf, denn sie hindern das Zustandekommen einer entschiedenen und ausgesprochenen öffentlichen Meinung.

Daß in diesem Augenblick die bisher geltenden Parteunterschiede sich verwischen, liegt in der Natur der Sache, da die Frage, ob Preußen eine constitutionelle oder demokratische Monarchie sein soll und ähnliche principielle Fragen jetzt, wo es sich um die Fortexistenz des Staates handelt, nur noch ein secundäres Interesse haben können. Aber die Annäherung findet auch in Beziehung auf den wirklichen Inhalt der politischen Ansichten statt und wir wollen nicht verschweigen, daß wir diesen Umstand nicht mit besonderer Freude betrachten. Die Sache ist nämlich folgende.

Wir haben seit dem Jahre 1848 immer an dem Glauben festgehalten, daß die Grundlage des preussischen Staats, an die wir alle Hoffnung der Entwicklung Deutschlands knüpfen mußten, eine gesunde und entwicklungsfähige sei. Wir haben uns die aristokratische Natur dieser Grundlage nicht verhehlt und wir haben die Angriffe von Seiten der Nationalversammlung und später von Seiten der demokratischen Presse gegen diese Grundlage auf das entschiedenste gemißbilligt. Wir glaubten und darum stimmten wir ganz mit der Ansicht des Herrn v. Bismark-Schönhausen und ähnlicher, daß der große Grundbesitz mit seinen historischen Traditionen, mit seinen Verzweigungen im Militär- und Beamtenleben das charakteristische Moment der gegenwärtigen preussischen Cultur sei. Wir haben keine doctrinäre Vorliebe für die eine oder die andere Art der Verfassung, wir glaubten aber, daß Preußen bei seinen gegebenen Lebensbedingungen sich nicht anders entwickeln könne, als dadurch, daß diesem charakteristischen Moment der ihm zukommende Platz in der Verfassung eingeräumt würde. Die Abneigung

gegen den Adel als einen glücklicher situirten Stand haben wir nie getheilt, da wir glaubten, daß im Bürgerthum Kraft und Bildung genug vorhanden ist, um ihm als vollkommen gleichberechtigtes und ebenbürtiges Moment entgegenzutreten und daß also zum Reid keine Veranlassung vorliegt: im Gegentheil freuten wir uns der Fortdauer der Namen und Geschlechter, die sich in den großen Zeiten Preußens berühmt gemacht haben, weil sie ein lebendiges Zeugniß für die Fortdauer unserer Geschichte sind und weil das gesammte preußische Volk in jenen Helden seine eignen Ahnen verehren konnte. Wir wurden auch nicht irre, als nach Beendigung der Revolution der Adel in der Form des Junkerthums mit einer blinden aber leicht erklärlichen Wuth sich in die Reaction warf und auch die vernünftigsten Einrichtungen hätte vertilgen mögen, wenn sie nur irgend eine Beziehung auf jene ihm verhaßten Ereignisse hatten. Wir wurden selbst nicht irre, als im April 1849 und im December 1850 das Standesinteresse den Sieg über das nationale Ehrgefühl davon trug, denn in jenen beiden Fällen war das Standesinteresse ein sehr klares und die patriotische Empfindung hatte keinen festen realen Boden. Wir haben immer bedauert, daß die freilich sehr langsame und unschöne Entwicklung der preußischen Verfassungsformen durch jenes Ereigniß, das sie scheinbar beschleunigen sollte, unterbrochen und aus ihrer natürlichen Bahn abgelenkt wurde; aber wir waren der festen Ueberzeugung, daß schon die Formen des constitutionellen Lebens, so klein vorläufig auch der durch sie gebotene reale Inhalt war, ausreichen würden, dem Stande jene Bildung zu vermitteln, die seinen eignen Interessen, seiner Stellung, seiner Geschichte entsprach.

Die neuesten Erscheinungen haben diesen Glauben sehr stark erschüttert. Wenn im Anfang die Adelspartei sich um das Banner der Kreuzzeitung scharte, so wenig sie offenbar die darin ausgesprochenen Doctrinen verstand, so fanden wir das begreiflich; aber jetzt hätte sie soweit gekommen sein müssen, sie wirklich zu verstehen. Sie muß jetzt erkannt haben, daß man dieser Fahne nur mit Verleugnung alles preußischen Ehrgefühls, nur mit Hintansetzung aller realen Interessen folgen kann; sie muß erkennen, daß die in der orientalischen Frage von der Kreuzzeitung empfohlene Politik nicht bloß gegen das Interesse und die Ehre des preußischen Staats, sondern auch gegen das ganz unmittelbare materielle Interesse aller in demselben vereinigten Stände gerichtet ist, und namentlich gegen das Interesse des großen Grundbesizes, der in der projectirten Verbindung mit Rußland seinem vollständigen Ruin entgegengeht. Und trotzdem scheint die Adelspartei ihre angeblichen Führer, auch nachdem sie dieselben als Russen erkannt hatte, nicht verlassen zu wollen.

Wenn diese Voraussetzung sich nicht in den nächsten Tagen durch ein eclatantes und wie wir gestehen müssen, höchst unwahrscheinliches Ereigniß widerlegt, so müssen wir bekennen, daß wir uns in unserer Voraussetzung getäuscht haben, daß der bisherigen Grundlage der preußischen Verfassung die Lebensfähigkeit ab-

geht und viel durchgreifendere politische Reformen nöthig sind, Preußen sein altes Recht in der Geschichte wiedergeben, als wir es bisher angenommen haben. Mit einem patriotischen Adel, mochte er auch noch so hochmüthig auf uns herabsehen, mochten seine Interessen noch so weit von den unsrigen auseinandergehen, konnten wir hoffen, uns endlich zu verständigen. Aber mit einem Adel, der sich von seinen doctrinären Führern so verblenden läßt, daß er den russischen Interessen gegen Preußen dient, ist eine Verständigung unmöglich. —

Wir fügen dieser Broschüre eine zweite hinzu: Der russisch-türkische Kriegsschauplatz, topographisch-strategisch beleuchtet, mit einer topographischen Karte, Wien, Wallishäuser. —

Die Auseinandersetzung dieser kleinen Schrift ist sachgemäß, einfach und bequem und kann Zeitungslesern als Handbuch empfohlen werden.

Pariser Brief.

Endlich nach langem Zaudern, nach unfruchtbarem Hin- und Herdiplomatisiren sind wir dorthin gekommen, wo wir schon vor drei Monaten sein mußten, wenn die Großmächte nicht ihr point d'honneur darein gesetzt hätten, Rußland auf jedem Wege zu überweisen, daß die Schuld an dem Kriege, der nun ausgebrochen, einzig und allein Rußland beizumessen ist. Was damit für die Sache, welche Frankreich und England vertheidigen, gewonnen worden, ist nicht abzusehen. Vor der Hand finden wir die Russen an der Donau aufgehäuft, den schwierigen Uebergang dieses Flusses bezwungen, die Russen auf dem Marsche nach dem Balkan, während die französisch-englischen Truppen zum Theil kaum Europa verlassen haben. Der neue Kriegsminister hat seine Verantwortlichkeit gedeckt, indem er den unvorbereiteten Zustand der vorhergegangenen Verwaltung in den Schuh geschoben, aber St. Arnaud hat seinen Nachfolger, den Marschall Baillant zum Kaiser geführt, und ihm von diesem selbst sagen lassen, wie es Louis Napoleon gewesen, von dem die vom Kriegsminister dringend vorgeschlagenen Vorbereitungsmaßregeln vertagt worden waren bis auf den letzten Augenblick, wo man Flotten und Transportmittel improvisirt wissen möchte. Also der Kaiser muß lange auf die Möglichkeit des Friedens gehofft haben, oder es lag eine andere Absicht in dieser planmäßigen Verzögerung, welche den Engländern im baltischen wie im schwarzen Meere den Vorsprung läßt. Wir wollen versuchen, nach aus guten Quellen gemachten Erhebungen anzudeuten, was in den hohen Regionen vorgegangen und was das Bedächtige in der Politik der hiesigen Regierung zu erklären im Stande wäre. Bei Beurtheilung der bonapartistischen Politik dem Auslande gegenüber müssen zwei Gesichtspunkte festgehalten